



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Ottmar von Holtz
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Michelle Müntefering
Mitglied des Deutschen Bundestages
Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik

POSTANSCHRIFT
Kurstraße 36
11013 Berlin

TEL +49 (0)30 18-17-2926
FAX +49 (0)30 18-17-3903
www.auswaertiges-amt.de

Berlin, den **24. Mai 2018**

Schriftliche Fragen für den Monat Mai 2018
Frage Nr. 5-193

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage:

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Festnahme mehrerer Oppositioneller in Niger (siehe offener Brief „Niger: Zivilgesellschaftliche Aktivisten in Haft - Einschränkungen von freier Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit“ von Fokus Sahel, <https://eirene.org/sites/default/files/datei/verhaftungenimniger-appellfokussahel.pdf>), und welche Maßnahmen trifft die Bundesregierung, um die Rechtstaatlichkeit, gute Regierungsführung, Presse- und Versammlungsfreiheit in Niger angesichts dieser Entwicklungen zu stärken (bitte insbesondere auf die Forderungen aus dem offenen Brief eingehen)?“

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung verfolgt die innenpolitischen Entwicklungen in der Republik Niger aufmerksam und in enger Abstimmung mit den vor Ort vertretenen Partnern in der Europäischen Union (EU). Die Bundesregierung setzt sich gegenüber der nigrischen Regierung für die Rechte der Zivilgesellschaft sowie im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit für die Stärkung der Zivilgesellschaft ein, auf die Antwort der Bundesregierung vom 7. Mai 2018 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Uwe Kekeritz (Bundestagsdrucksache 19/2083) wird verwiesen.

Darüber hinaus fördert die Bundesregierung die Zivilgesellschaft in Niger aus Mitteln der Krisenprävention im Rahmen von präventiver Friedensarbeit und Dialogförderung. Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) führt im Auftrag der Bundesregierung als Teil des „Polizeiprogramms Afrika“ Schulungen der nigrischen Polizei in den Bereichen Korruptionsprävention und bürgernahe Polizei durch.

Hinsichtlich der im zitierten offenen Brief vom 23. April 2018 von „Fokus Sahel“ vorgebrachten Bitten an die Bundesregierung wird darauf hingewiesen, dass der Zugang der Familien zu den inhaftierten Personen nach Kenntnis der Bundesregierung rechtlich nicht eingeschränkt ist. Foltervorwürfe in nigrischen Gefängnissen sind der Bundesregierung nicht bekannt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Michael Mühlbauer". The signature is written in a cursive style with a large, sweeping flourish at the end.